

Die Sonntagszeitung zu Glencores Geschäften in Kolumbien (10.02.08)

Schweizer Handelskoloss am Pranger

Dem Zuger Rohstoffhändler Glencore werden in Kolumbien Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen

Glencore beantwortet seit Jahren keine Fragen von Reportern. Weder persönlich, telefonisch noch schriftlich. Das teilt jeweils eine gewisse Lotti E. Grenacher mit. Sie ist Personalchefin und kommuniziert bloss im Nebenamt. Dies wäre keine Zeile wert, handelte es sich nicht um das grösste Unternehmen der Schweiz. Der Rohstoffriese Glencore setzt 146 Milliarden Franken um, 50 Milliarden mehr als Nestlé.

Seit einigen Tagen sprudeln plötzlich die Informationen vom Hauptsitz im zugerischen Baar. Der Handelskoloss steht wegen seiner Minenaktivitäten in Kolumbien unter zunehmendem Druck. Schweizer Menschenrechtsorganisationen werfen Glencore vor, im Umkreis ihrer kolumbianischen Kohleminen die Bevölkerung systematisch zu vertreiben und zu bedrohen. Glencore weist die Vorwürfe entschieden zurück.

Damit befindet sich der Rohstoffhändler ungewollt im Rampenlicht. Glencore ist ein Riese, über den selbst Einheimische wenig wissen. Als nicht börsenkotierte Firma, die nicht im Konsumbereich tätig ist, hat die Privatgesellschaft praktisch keine Informationspflichten. Bekannt ist, dass an der Grenze zur Stadt Zug 400 der weltweit 2000 Händler tätig sind. In Glencores Minen und Beteiligungen arbeiten weitere 50 000 Menschen.

Dass Glencore bis 1994 Marc Rich + Co hiess, erfährt man nirgendwo auf der Firmen-Website. Wohl verkaufte der Zuger Rohstoffhändler Rich seine Firma dem Management, aber die juristische Kontinuität besteht weiterhin. Glencore steht im Verdacht, im «Oil for Food»-Skandal Schmiergelder an Saddam Husseins Regime gezahlt zu haben.

Seit Glencore Ende Januar am Rande des Davoser WEF mit dem Schmähprijs «für übles Firmenverhalten» bedacht wurde, ist Schluss mit dem ruhigen Geschäftsgang. Letzte Woche wurden die Trader an ihrem wuchtigen Hauptsitz von zwei Rappern und von Vertretern der Erklärung von Bern überrascht. Gimma und Greis wollten den Public Eye Award Glencores CEO, Iwan Glasenberg, überreichen. Der ehemalige Kohlehändler machte unter Marc Rich eine steile Karriere, weil er trotz Uno-Embargo weiterhin südafrikanische Kohle exportieren konnte. Nach Schätzungen von «Euro am Sonntag» bekam 2006 jedes der zwölf Geschäftsleitungsmitglieder von Glencore 104 Millionen Franken ausgeschüttet. Glasenberg war nicht bereit, die Rapper zu treffen. Morgen Nachmittag ist eine Demonstration vor dem Glencore-Sitz in Baar geplant.

Um die Kohleminen zu vergrössern, betreiben die Bergbaukonzerne laut kolumbianischen Gewerkschaften eine Politik der systematischen Vertreibung. Weigerten sich die Dorfbewohner, ihr Land zu verkaufen, würden zuerst die Lebensmittel- und die Medikamentenversorgung gekappt. Danach fahren Paramilitärs auf. Wie Sergio Becerra Moreno, ein kolumbianischer Gewerkschafter, gegenüber der Sonntagszeitung erklärte, seien auch in der Umgebung der Glencore-Minen Bewohner ermordet worden. Glencore dementierte und kündigte an, die kolumbianischen Behörden über die Vorwürfe Morenos zu informieren. Das könnte für diesen gefährlich werden. Seit 1985 wurden in Kolumbien 4000 Gewerkschafter ermordet.

Schwierige Beweislage und widersprüchliche Aussagen

Die Beweislage ist schwierig. «Es gab dort Attentate, Morde und gar Massaker», sagt Stephan Suhner von der Menschenrechtsorganisation Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien auf Anfrage. «Dass Glencore daraus einen Nutzen zog, ist denkbar.» Es gebe Zeugenaussagen, aber klar beweisen könne man es nicht. In kolumbianischen Zeitungen sagte ein Anführer der Paramilitärs, dass Glencore sie finanziell unterstützt hätte. Glencore bezeichnet diese Berichte als unwahr.

Wie Glasenberg gegenüber Moreno sagte, habe Glencore die volle Unterstützung des kolumbianischen Präsidenten. Auch das Staatssekretariat für Wirtschaft Seco würde vorbehaltlos hinter den Aktivitäten des Konzerns stehen.

VON MICHAEL SOUKUP

© *SonntagsZeitung*; 10.02.2008; Ausgabe-Nr. 6; Seite 57 (Wirtschaft)